Arbeitsübersetzung

AM SAMSTAG, DEN 10. MAI 2025 KAMEN DIE REGIERUNGSCHEFS DEUTSCHLANDS, FRANKREICHS, POLENS, DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS UND DER UKRAINE IN KYJIW ZUSAMMEN.

Sie kamen überein, dass es ab Montag, den 12. Mai eine vollständige und bedingungslose Waffenruhe für mindestens 30 Tage geben solle.

Sie waren sich einig, dass eine bedingungslose Waffenruhe per definitionem keinen Bedingungen unterworfen sein könne. Fordere Russland solche Bedingungen, könne dies nur als Bestrebung gesehen werden, den Krieg zu verlängern und die Diplomatie zu untergraben.

Sie forderten, dass die Waffenruhe umfassend sein müsse – in der Luft, auf See und zu Land.

Sie unterstrichen, dass dies eine wirksame Überwachung erfordere, die in enger Abstimmung mit den Vereinigten Staaten erfolgreich umgesetzt werden könne.

Sie stimmten darin überein, dass die Waffenruhe mindestens 30 Tage dauern solle, um Raum für Diplomatie zu schaffen. Während dieses Zeitraums sollte sich die diplomatische Arbeit darauf konzentrieren, die sicherheitspolitischen, politischen und humanitären Grundlagen eines Friedens zu skizzieren.

Sie begrüßten, dass der Aufruf zu einer Waffenruhe und ernsthaften Verhandlungen sowohl von Europa als auch den Vereinigten Staaten unterstützt wird.

Sie unterstrichen die zentrale Bedeutung der Stärkung der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte der Ukraine als wichtigste Garantie für die Souveränität und Sicherheit der Ukraine. Ein Schlüsselelement für die Sicherheitsgarantien für die Ukraine sollten auch „Rückversicherungstruppen“ (Kontingent) sein.

Sie waren sich einig, dass im Falle der Ablehnung einer vollständigen und bedingungslosen Waffenruhe durch Russland stärkere Sanktionen gegen den russischen Banken- und Energiesektor verhängt werden sollten, die auf fossile Brennstoffe, Öl und die Schattenflotte abzielen.

Sie kamen überein, ein starkes 17. EU-Sanktionspaket zu verabschieden und es mit den vom Vereinigten Königreich und Norwegen sowie den Vereinigten Staaten verhängten Sanktionen in Einklang zu koordinieren.

Sie vereinbarten, ihre Arbeit zu der wirksamen Nutzung der eingefrorenen russischen Vermögenswerte fortzusetzen und dies beim nächsten G7-Gipfel zu diskutieren.

Sie äußerten ihre Bereitschaft, die Verteidigung der Ukraine und insbesondere die ukrainische Armee weiter zu stärken. Dies sollte auch die finanzielle Förderung einer widerstandsfähigen Verteidigung und Investitionen in die Rüstungsproduktion sowohl in der Ukraine als auch in europäischen Ländern im Rahmen gemeinsamer Vorhaben umfassen.